



Universität
Zürich ^{UZH}

zh
aw School of
Management and Law



LIECHTENSTEIN-INSTITUT

3. März 2020

So nah und doch so fern – Ein Rechtsvergleich der Volksinitiative im Fürstentum Liechtenstein und in der Schweiz

PD Dr. iur. Goran Seferovic

Prof. Dr. iur. Patricia M. Schiess Rütimann

ZÜRCHER VORLESUNGEN ZUM LIECHTENSTEINISCHEN RECHT



Rahmenbedingungen



Volk



Foto: Wikipedia

Koalitionsregierung.
Kann abgesetzt werden von
Landtag und Fürst.

Kann aufgelöst werden von
Volk und Fürst.



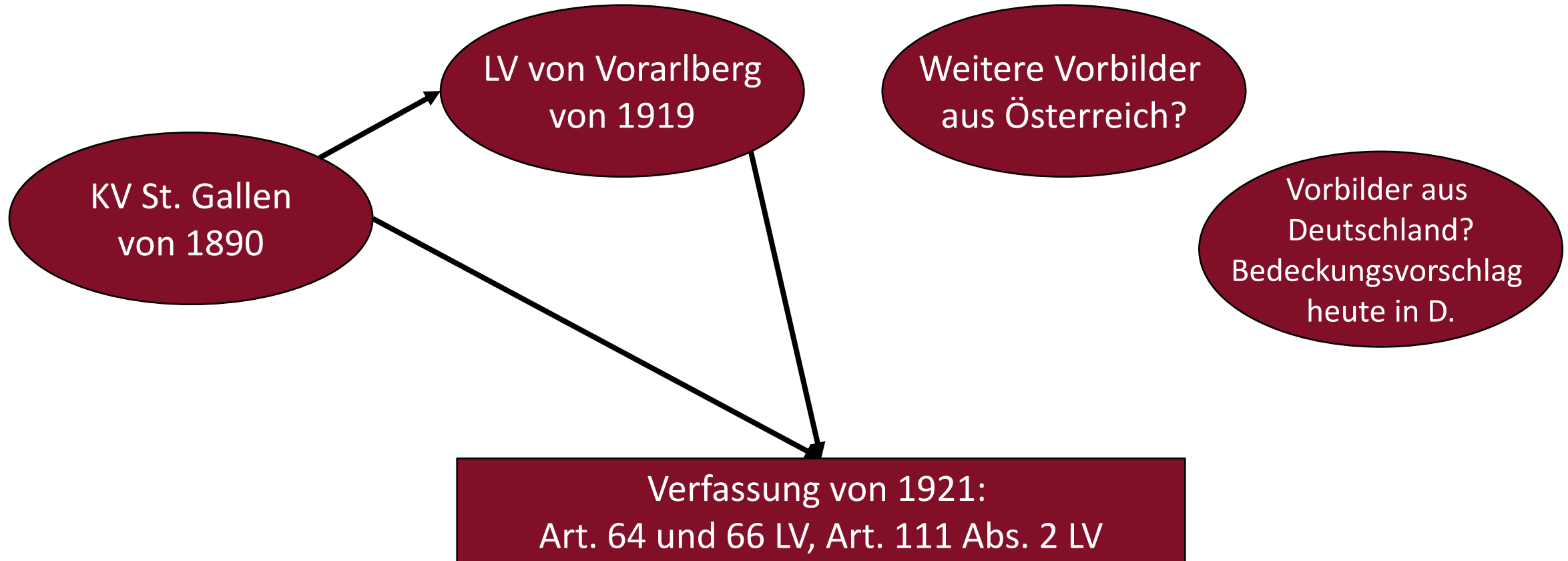
StGH
(Verfassungsgericht)

Volksinitiative

Mit der Volksinitiative wird der Landtag «umgangen»



Vorbilder für die Ausgestaltung Volksinitiative in der Verfassung von 1921



Die MATERIALIEN zur Verfassung von 1921	Prinz Karl März 1920	Regierungsvorlage Josef Peer Januar 1921	Landtag: Verfassungs- kommission März 1921	Landtag: Plenum 26. Aug. 1921
Unterschriften				
- Verfassungsinitiative	1000	500 oder 4 Gemeinden	700	600
- Gesetzesinitiative	1000	300 oder 3 Gemeinden	500	400
Sperrfrist	Ja, 3 Jahre	Nein	Nein	Nein
Gegenvorschlag	Ja, Landtag und Regierung	Nein	Nein	Nein
Bedeckungsvorschlag	Nein	Nein	Ja	Ja

Wilhelm Beck, Jan. 1919: «Ebenso können vierhundert Bürger [...] einen Gesetzesvorschlag im Landtage einbringen und es muss diese Initiative im nächsten Landtage behandelt werden.»

Schlossabmachungen, Sept. 1920: «Das Recht des Referendums und der Initiative ist mit Fixierung der Stimmenzahl einzuführen und zu regeln.»

Grundzüge des Initiativrechts in Liechtenstein (1922)

Verfassung von 1921 (Art. 64 und 66 LV, Art. 111 Abs. 2 LV))

Initiative und Referendum:

- Gesetz (400 Bürger oder 3 Gemeinden)
- Verfassung (600 Bürger oder 4 Gemeinden)

Gleichbehandlung Gesetzes-/Verfassungsinitiative im Verfahren.

Bedeckungsvorschlag.

Behandlung in nächster Landtagssitzung.

Referendum nur gegen nicht dringliche Gesetze.

Finanzreferendum.

Kein obligatorisches Referendum bei Verfassungsrevision.

Sanktion des Landesfürsten notwendig.

Volksrechtegesetz von 1922

Formelle Prüfung durch Regierung

- Bei Anmeldung
- Bei Einreichung der Unterschriften

Sammelfrist für Verfassung und Gesetz: 6 Wochen.

2 Jahre Sperre nach Ablehnung in Volksabstimmung.

Gegenvorschlag

- Lehnt Landtag Initiative ab, darf er Gegenvorschlag formulieren.
- Doppeltes Ja ist unzulässig.

Grundzüge des Initiativrechts in Liechtenstein (2020)

Verfassung von 1921
(Art. 64 und 66 LV, Art. 112 Abs. 2 LV)

Initiative und Referendum (seit 1984):

- Gesetz (**1000** BürgerInnen oder 3 Gemeinden)
- Verfassung (**1500** BürgerInnen oder 4 Gemeinden)

Gleichbehandlung Gesetzes-/Verfassungsinitiative im Verfahren.

Bedeckungsvorschlag.

Behandlung in nächster Landtagssitzung.

Referendum nur gegen nicht dringliche Gesetze.

Finanz- und (seit 1992) Staatsvertragsreferendum.

Kein obligatorisches Referendum bei Verfassungsrevision.

Sanktion des Landesfürsten notwendig.

Volksrechtegesetz von 1973

Formelle Prüfung durch Regierung

- Bei Anmeldung
- Bei Einreichung der Unterschriften

Seit 1992:

Materielle Prüfung durch Regierung und Landtag.

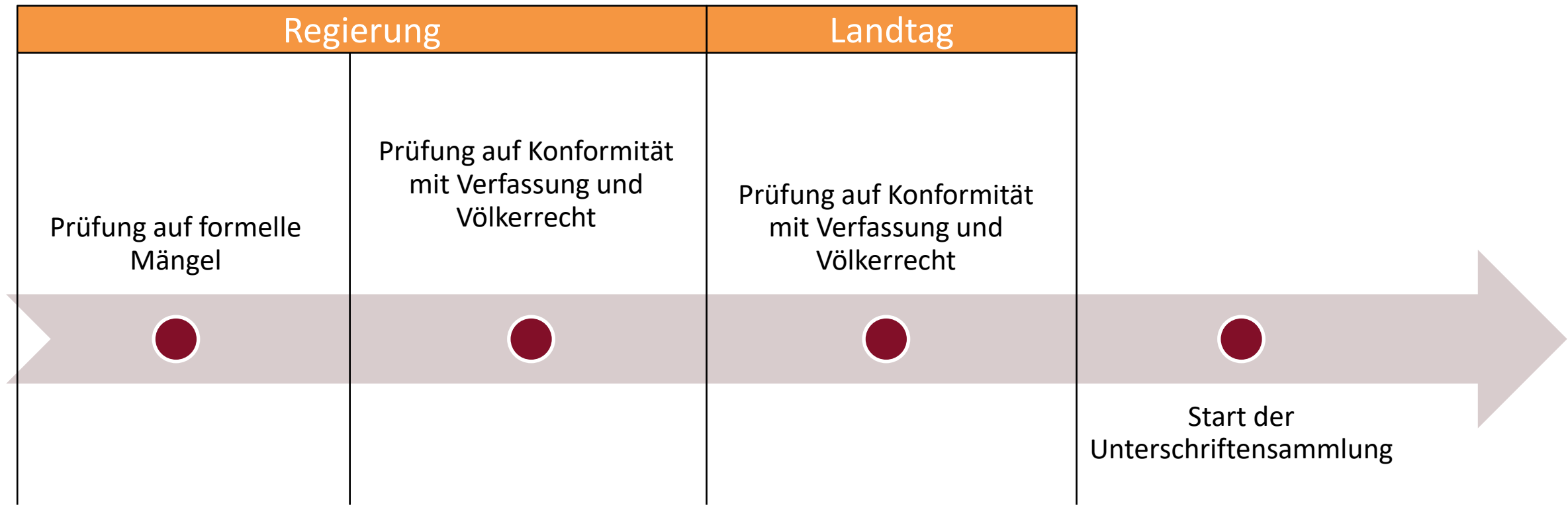
Sammelfrist für Verfassung und Gesetz: 6 Wochen.

2 Jahre Sperre nach Ablehnung in Volksabstimmung.

Gegenvorschlag

- Lehnt Landtag Initiative ab, darf er Gegenvorschlag formulieren.
- Doppeltes Ja ist ~~un~~zulässig seit 1987.

Vorprüfung durch Regierung und Landtag (FL)

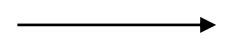


Anmeldung durch InitiantInnen

Rückweisung an InitiantInnen

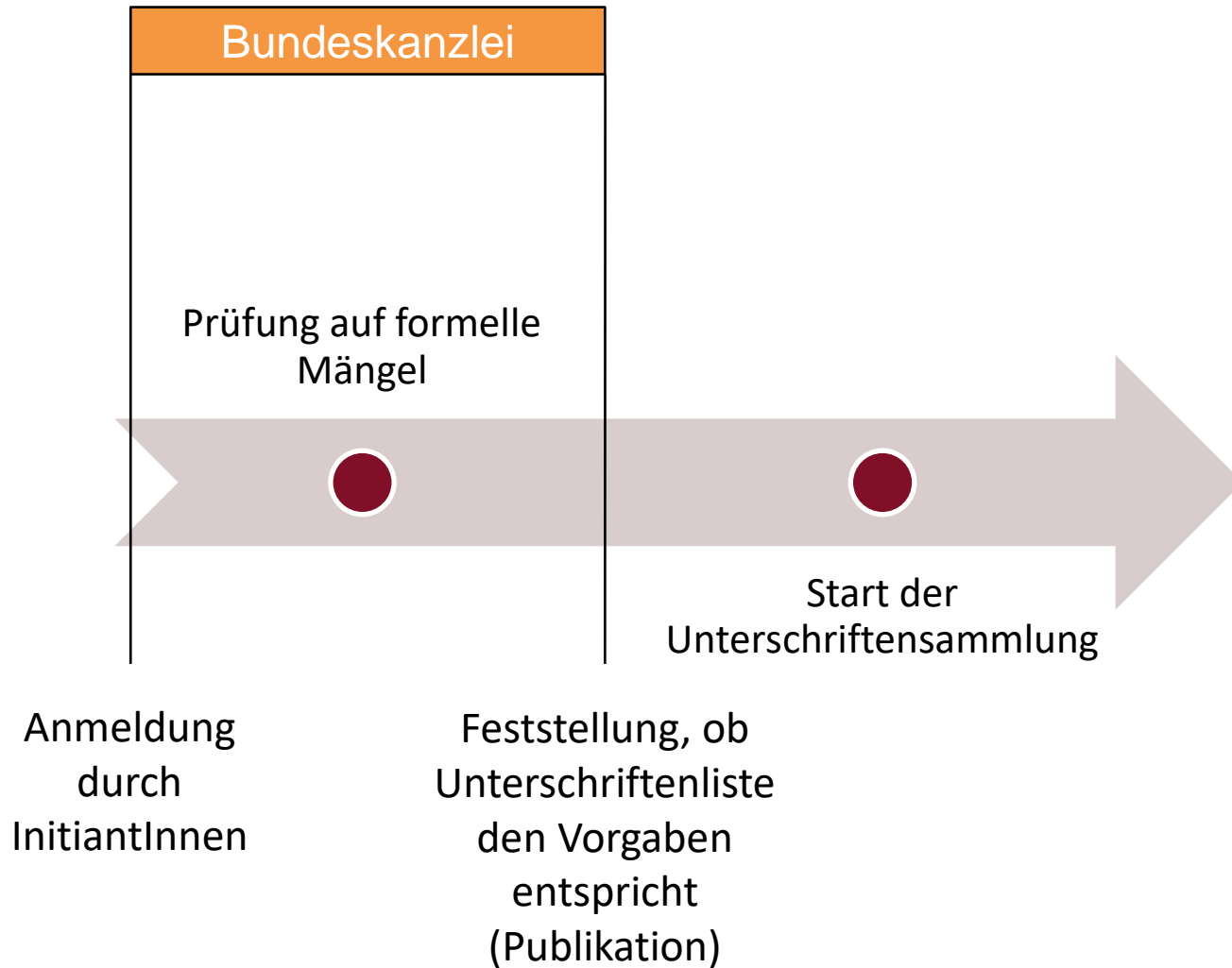
Antrag an Landtag: Zulässig erklären oder nichtig erklären

Zulässigerklärung oder Nichtigklärung

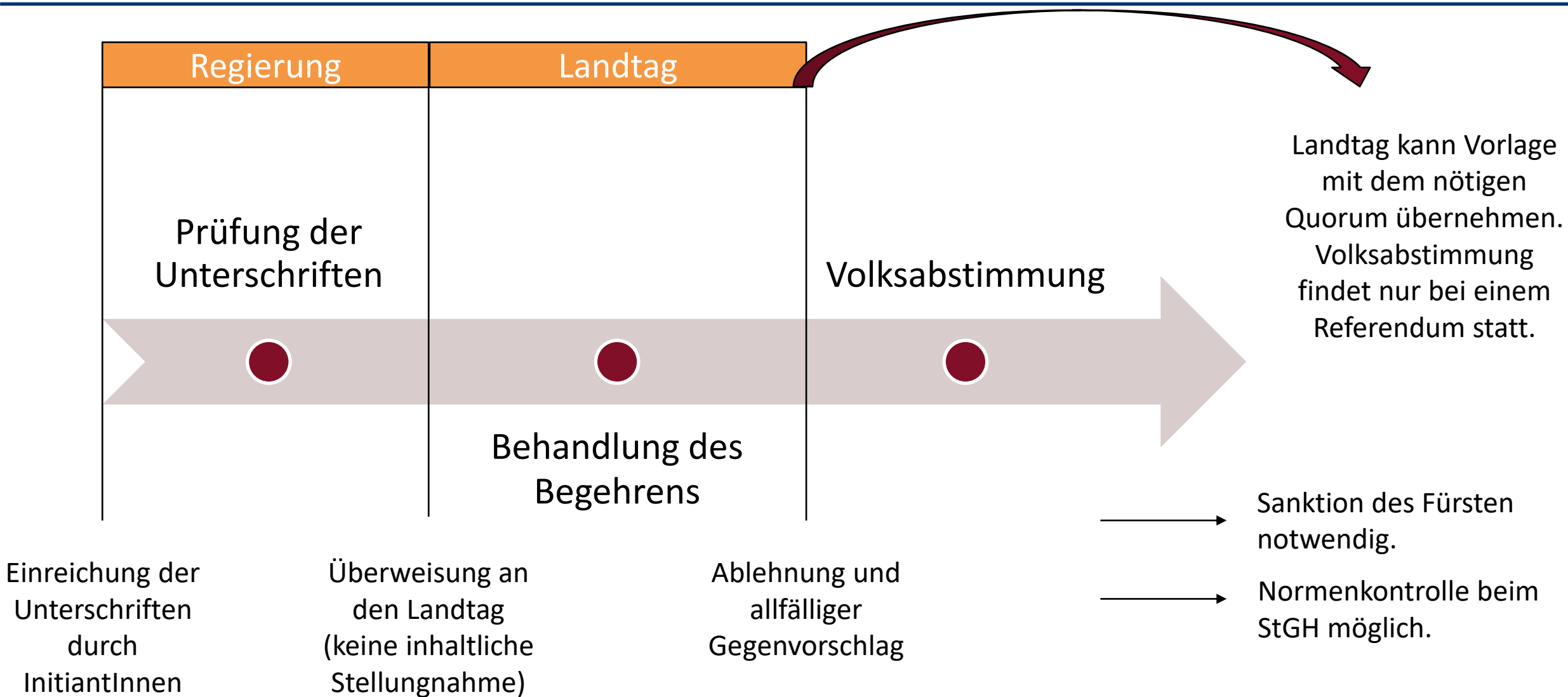


Anfechtung beim StGH

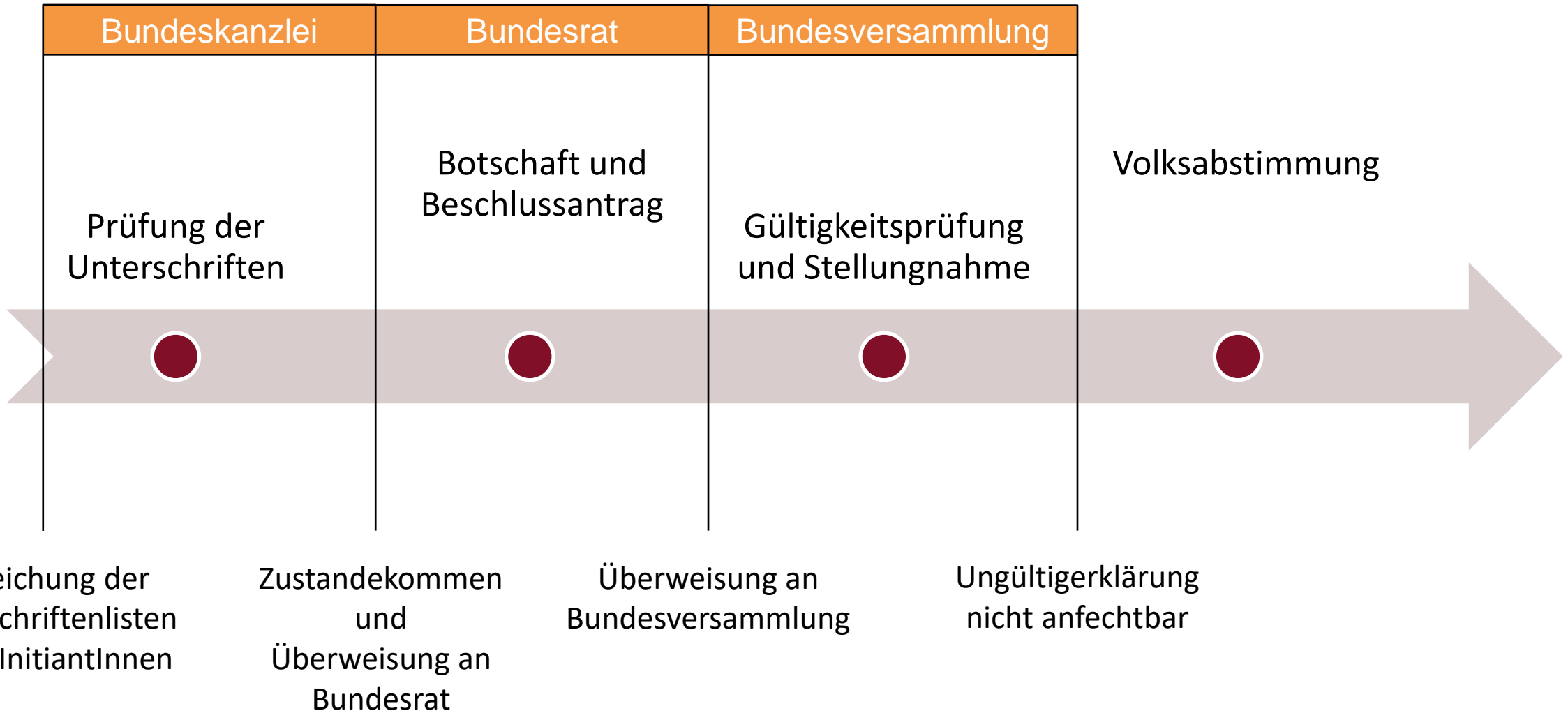
Vorprüfung durch die Bundeskanzlei (CH)



Behandlung im Landtag (FL)



Behandlung in der Bundesversammlung (CH)



Staatsgerichtshof und Bundesgericht im Verfahren der Volksinitiative

Staatsgerichtshof

- Beschwerdemöglichkeit gegen Verfügungen der Regierung (via VGH)
- Beschwerdemöglichkeit gegen Nichtigerklärung durch den Landtag
- Gültigerklärung des Landtags nicht anfechtbar
- Staatsgerichtshof beschränkt Anwendungsbereich der Stimmrechtsbeschwerde

Bundesgericht

- Beschwerdemöglichkeit gegen Verfügungen der Bundeskanzlei
- Entscheid der Bundesversammlung über Gültigkeit nicht anfechtbar
- Grundsätzlich keine Normenkontrolle gegenüber den neuen Verfassungsbestimmungen
- Beschränkte Überprüfung anhand völkerrechtlicher Verpflichtungen (EMRK/FZA)

Volksinitiative in Liechtenstein und der Schweiz – Nähe und Ferne

Liechtenstein

- Monarchie
- Verfassungsgerichtsbarkeit
- Materielle Vorprüfung auf Verfassungs- und Völkerrechtskonformität vor Unterschriftensammlung

Schweiz

- Bundesversammlung oberste Gewalt unter Vorbehalt von Volk und Ständen (Art. 148 Abs. 1 BV)
- Äusserst eingeschränkte Gültigkeitskontrolle nach Unterschriftensammlung
- Zaghafte Überprüfung von Verfassungsrecht anhand von EMRK und FZA



**Universität
Zürich** ^{UZH}

**zh
aw** School of
Management and Law



LIECHTENSTEIN-INSTITUT

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

**Goran Seferovic
Patricia Schiess**

goran.seferovic@zhaw.ch

patricia.schiess@liechtenstein-institut.li

